

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912**

259 (21.9.1912) 2. Blatt

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

### Volkswirtschaftliche Beilage.

#### Ein sozialer Kongress.

In der letzten Woche tagte in Zürich die Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. Es nahmen daran 200 Delegierte aus 23 verschiedenen Ländern teil. Die deutschen Regierungen waren gut vertreten, die Reichsregierung durch drei Herren, die badische Regierung durch Herrn Regierungsrat Wittmann. Über den Verlauf des Kongresses berichtet die „Köln. Volksztg.“ u. a.:

Die Tagesordnung der Generalversammlung war eine recht reichhaltige. Von den 26 verschiedenen Beratungsgegenständen, zu denen mehr oder minder lange Resolutionen vorlagen, können hier nur die wichtigsten berücksichtigt werden. Als solche gelten unbedingt die Fragen über die Regelung der Arbeitszeit. Eine eigene Spezialkommission, die vor mehreren Wochen ihre Sitzung in London abhielt, hatte hierzu Vorschläge ausgearbeitet, welche im wesentlichen von der Generalversammlung angenommen wurden. Die Regelung der Arbeitszeit in der Großindustrie soll nach den in folgender Resolution angegebenen Gesichtspunkten erfolgen:

1. Die Delegiertenversammlung ist der Ansicht, daß die Achtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betrieb (Tag- und Nachtarbeit) das beste Schicksal ist, und sie empfiehlt es lebhaft vom Standpunkte des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse.

2. Die Delegiertenversammlung erachtet auf Grund der Berichte der einzelnen Landesabteilungen, daß die Achtstundenschicht für die schichtweise bei ununterbrochener Arbeit beschäftigten Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken notwendig und durchführbar ist. Sie fordert das Bureau der Internationalen Vereinigung auf, an den schweizerischen Bundesrat die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Vereinbarung über die Einführung der Achtstundenschicht für die vorgenannten Arbeiter anzustreben.

Schon früher hatte sich die Internationale Vereinigung für den Achtstundentag in der Großindustrie ausgesprochen. Inzwischen ist aber, insbesondere von Deutschland, gutes Material beigebracht worden, welches diese Forderung rechtfertigt. Es wird nunmehr darauf ankommen, daß die Regierungen der Hauptländer, welche Eisen und Stahl produzieren, sich zu verständigen suchen. Der vorstehenden Resolution ist, mit Ausnahme Italiens, von allen Ländern zugestimmt worden. Italien begründet seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß seine Eisenindustrie wegen des Mangels an Kohle und Erzen im Lande nur geringen Umfang habe und im Interesse der Landesverteidigung künstlich vom Staate gehalten werde. Der Einspruch Italiens ist für die Frage selbst nicht von erheblicher Bedeutung. Es wird im wesentlichen darauf ankommen, wie die großen Staaten Amerika, England und Deutschland sich zu der Frage stellen.

Für die Glasindustrie wurde die 56stündige Arbeitswoche als Ziel internationaler Vereinbarung empfohlen. Für alle anderen Industrien mit ununterbrochenen Betrieben (Tag- und Nachtarbeit) wird der Achtstundentag empfohlen, wenn die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden übersteigt und wenn an mehr als sechs Tagen in der Woche gearbeitet wird.

Die Frage des Sechstundentages für die Arbeit der Frauen in Fabriken war schon früher als spruchreif erklärt. Nach den Mitteilungen der Bureau wird wahrscheinlich bereits innerhalb eines Jahres eine Staatenkonferenz sich mit der Sache befassen. Die Subkommission, welche diese Frage vorzubereiten hat, machte den Vorschlag, der Staatenkonferenz gleichzeitig einen Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten, dahingehend, daß der Samstagnachmittag für weibliche und jugendliche Arbeiter freigegeben werde. Ein großer Teil der Vertragsstaaten, wie England, Deutschland und Österreich, haben bereits jetzt gesetzliche Bestimmungen, welche die Arbeit am Samstag und an Vorabenden der Feiertage erheblich einschränken. Es wurde indessen von dem Vertreter der deutschen Regierung nicht mit Unrecht geltend gemacht, daß man zuvor eine Regelung der Sonntagsruhe versuchen müsse, bevor man an die Samstagruhe denken könne. Es wurde deshalb von einem Beschluß, für den sonst große Neigung in der Versammlung herrschte, abgesehen und dem Bureau der Auftrag erteilt, die Frage der Sonntagsruhe in das Programm der nächsten Generalversammlung aufzunehmen, und die Landessektionen mit der Berichterstattung zu beauftragen. Desgleichen soll, nach einem Wunsche der holländischen Sektion, über die Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter ein Bericht eingefordert werden.

Weitere Resolutionen betreffen den Schutz der Eisenbahnarbeiter und Gewährung von Urlaub an Arbeiter, sowie den hygienischen Arbeitstag. Bezüglich des letzteren Punktes soll eine Spezialkommission mit der Aufgabe betraut werden,

eine Denkschrift auszuarbeiten, die eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung, über die tatsächlich herrschenden Arbeitsstunden und über die Unfall-, die Erkrankungs- und Sterblichkeitsraten in den als gefährlich und gesundheitschädlich erkannten Berufen, ferner Vorschläge

über Beschäftigungsverbote von Kindern, Jugendlichen und Frauen, und Einschränkungen ihrer Arbeitszeit, sowie jener der erwachsenen Männer enthalten soll. Diese Denkschrift ist im Probedruck der nächsten Delegiertenversammlung vorzulegen.

Wichtig sind auch die Beschlüsse bezüglich der Bekämpfung der Gewerbekrankheiten. Die schon früher aufgestellte Liste der gewerblichen Gifte soll nun durch Sachverständige ergänzt werden. Verlangt wurden u. a. internationale Schutzbestimmungen gegen die Wurmkrankheit, gegen Milzbrandgefahr und Quecksilbervergiftung, sowie Bestimmungen über Arbeit im Bergbau und bei Tunneln. Bedeutungslos, aber ebenso schwierig in der Durchführung ist der Beschluß über die Herbeiführung einer internationalen Statistik der Morbidität und Mortalität der Arbeiter in den verschiedenen Ländern. Die hierzu angenommene Resolution lautet:

a) Das Bureau wird ersucht, einen Bericht über die grundsätzliche Verschiedenartigkeit der Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik der Arbeiterbevölkerung, insbesondere der verschiedenen Berufe in den einzelnen Ländern, und Vorschläge darüber zu machen, wie diese Verschiedenheiten ausgeglichen werden können.

b) Ferner sollen die Landessektionen ersucht werden, der nächsten Delegiertenversammlung auch über die Methoden und den Stand der Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik der Arbeiterbevölkerung in ihrem Lande bis spätestens zum 1. Juli 1913 zu berichten.

c) Als Ziel der Arbeiten wird der Kommission empfohlen, einheitliche Verzeichnisse der Todesursachen nach der Berufs- gliederung festzusetzen, um diese den Regierungen als Grundlage für eine einheitliche Statistik der Todesursachen nach Berufen zu ermöglichen.

Von den weiteren Beschlüssen sind noch zu erwähnen eine längere Resolution über Seimarbeit und die Schiffschifferei. Einer Resolution betreffend Trichinose und Lohnabzüge und Wertspekulationskasse wurde unter Vorbehalt der wichtigsten Länder (auch Deutschlands) zugestimmt, weil darüber feinerlei Vorarbeiten vorlagen. Erwähnt seien noch die Beschlüsse über die Behandlung ausländischer Arbeiter in der Sozialversicherung und Durchführung der internationalen Arbeiterabkommen, ferner wurde eine Verneuerung der weiblichen Fabrikinspektoren und ständige Berichterstattung seitens der einzelnen Länder über die Fortschritte in der Durchführung der internationalen Verträge verlangt. Die „Köln. Volksztg.“ erinnert zum Schluß ihres Artikels daran, daß der deutsche Kaiser Wilhelm II. die erste Anregung zur internationalen Beratung von Arbeiterschutzfragen durch Vertreter der Regierungen gegeben hat, nämlich im Jahre 1893 durch die Abhaltung der bekannten Berliner Konferenz.

**Badische Zeitungswesen.** Nach dem statistischen Jahrbuch erschienen Ende 1910 in Baden 185 politische Zeitungen oder 30 mehr als im Jahre 1901; davon wurden 12mal wöchentlich 5 (vor 10 Jahren 4), 6- oder 7mal 101 (72), 3- oder 4mal 65 (64), 2mal 7 (9) und 1mal wöchentlich oder weniger 7 (6) herausgegeben. Die Zunahme der Zahl der Zeitungen entspricht ungefähr auch (11,9 Proz.) der Zunahme der Bevölkerung in diesen 10 Jahren (11,3 Proz.). Die liberale Presse verfügt über 62 Organe gegen 66 im Jahre 1901, die Fortschrittliche Volkspartei über 6 gegen 8 vor 10 Jahren, die Konservativen über 2 gegen seinerzeit 3 Organe. Das Zentrum hat die Zahl seiner Parteipresse von 33 auf 47 Blätter erhöht und die Zahl der parteilosen Journale ist sogar von 38 auf 63 Blätter gestiegen.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat August im ganzen 687 Rentengesuche eingereicht worden, und zwar 543 Invaliden- bezw. Kranken-, 37 Alters-, 42 Witwen- bezw. Witwenkranken- und 65 Waisenrentengesuche; bewilligt wurden 481 Renten, nämlich 366 Invaliden-, 33 Kranken-, 25 Alters-, 12 Witwen-, 1 Witwenkranken- sowie 44 Waisenrenten (für 127 Waisen). Es wurden 37 Invaliden-, 4 Alters-, 5 Witwen- und 4 Waisenrentengesuche abgelehnt, während 652 Invaliden-, 18 Alters-, 45 Witwen- und 46 Waisenrentengesuche unerledigt geblieben sind. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 5 Invaliden-, 1 Witwen- und 1 Waisenrente anerkannt. Bis Ende August sind im ganzen 89.291 Renten bewilligt bezw. anerkannt worden (67.493 Invaliden-, 3688 Kranken-, 11.815 Alters-, 47 Witwen-, 1 Witwenkranken- und 247 Waisenrentenanträge für 637 Waisen). Dabon kamen in Wegfall 50.435 Renten (37.509 Invaliden-, 3346 Kranken-, 9579 Alters- und 1 Waisenrente), außerdem sind 15 Waisen aus dem Rentengenuß ausgeschieden, so daß auf 1. September 32.856 Renteneinpfänger vorhanden sind (29.984 Invaliden-, 342 Kranken-, 2236 Alters-, 47 Witwen-, 1 Witwenkranken- und 246 Waisenrenteneinpfänger für 622 Waisen). Der Jahresbetrag für die im August bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 371 Invalidenrenten auf 70.873 M. 80 Pf., für 33 Krankenrenten auf 6589 M. 20 Pf., für 25 Altersrenten auf 4330 M. 80 Pf., für 13 Witwenrenten auf 901 M. 80 Pf., für 1 Witwenkrankenrente auf 78 M. und für 45 Waisenrenten auf 4904 M. 40 Pf., somit im Durchschnitt für 1 Invalidenrente 191 M. 03 Pf., für eine Krankenrente 199 M. 67 Pf., für eine Altersrente 173 M. 23 Pf., für 1 Witwenrente 76 M. 03 Pf., für eine Witwenkrankenrente auf 78 M. und für 1 Waisenrente 31 M. 53 Pf. An Witwengeld wurden in 19 Fällen 1450 M. 80 Pf. bewilligt. Beitragsleistungen wurden im August infolge Todes versicherter Personen in 1 Fall 115 M. angewiesen. Arbeiterwohnungsbarleihen wurden im August an 59 Versicherte 276.046 M., in 1 Gemeinde 20.000 M., 3 Baubereine 494.700 M. und für sonstige gemeinnützige Zwecke 170.000 M., zusammen 960.745 M. zugelegt; ausbezahlt wurden an 21 Versicherte 101.115 M. über Bestand, Zu- und Ab-

gang der in häusliche Heilbehandlung genommenen Kranker im August gibt folgende Übersicht Auskunft: Bestand Ende Juli 958, Zugang im August 500, Abgang im August 535, Bestand Ende August 922.

Der Gewerbeverein Karlsruhe e. B. hatte die Handwerksmeister hiesiger Stadt zu einer Versammlung auf Dienstag abend in das Hotel Friedrichshof eingeladen, um zur Veranstaltung einer Weihnachtsmesse im November und Dezember d. J. Stellung zu nehmen. Der Besuch war ein recht zahlreicher; vom Großh. Landesgewerbeamt war Ingenieur Bucerius erschienen, desgleichen Rektor Kubin von der Gewerbeschule. Hofblechmeister Anselment gab den Zweck einer Weihnachtsmesse bekannt und fand bei den Ausführungen allgemeine Zustimmung. Die mit Unterstützung der Handwerksammer und des Großh. Landesgewerbeamtes in Aussicht genommene Weihnachtsmesse ist nun gesichert. Dieselbe wird in der Zeit vom 25. November bis Weihnachten d. J. in der Großh. Landesgewerbehalle abgehalten. Hierbei finden die Handwerksmeister der Stadt Karlsruhe Ausstellungs- und Verkaufsgelände ihrer Erzeugnisse. Auch ist eine Verlosung mit der Veranstaltung verbunden. Es haben sich bereits eine größere Anzahl Aussteller, die den verschiedenen Gewerben angehören, angemeldet. Die stärkeren Berufe werden in Gruppen ihre Erzeugnisse zur Schau bringen. In dankenswerter Weise hat das Großh. Landesgewerbeamt die zu diesem Zwecke sehr geeignete Ausstellungshalle unentgeltlich zur Verfügung gestellt, desgleichen das nötige Ausstellungsmaterial wie Tische, Glaschränke und dergleichen, ebenso übernimmt das Großh. Landesgewerbeamt die Kosten für Beleuchtung und Heizung. Auch Gewerbeschulrektor Kubin wird seine benachbarte Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, indem er in entgegenkommender Weise den Entwurf zu einem Messenplan, die nötig werdenden sonstigen Entwürfe für Ausstellungsobjekte usw. übernimmt. So steht zu hoffen, daß durch ein solch harmonisches Zusammenwirken die Handwerker der Hauptstadt und Residenzstadt Karlsruhe in der Lage sind, ihre Leistungsfähigkeit darzutun und zwar unter besonderer Betonung von Qualitätsarbeit.

Der Aufsichtsrat der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe hat in seiner Sitzung vom 18. September beschlossen, der auf den 18. Oktober d. J. einberufenen Generalversammlung, bei M. 210.771.— (i. B. M. 20.398.—) Abzählungen, die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (i. B. 6 Proz.) vorzuschlagen, wobei sich der Vortrag auf M. 87.649.— (i. B. 59.813.—) erhöht.

### Großherzogtum Baden.

**Weinheim, 19. Sept.** Bei der Bürgerauswahlwahl der 3. Klasse in Leutershausen vereinigte die Liste der vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten sämtliche abgegebene Stimmen, da weder vom Zentrum noch von den Konservativen eine Gegenliste aufgestellt war.

**Heidelberg, 19. Sept.** Da durch die Ausgrabungen auf dem Ludwigplatz der Grundriß des alten Augustinerklosters nunmehr klargelegt ist, sowie weitere Einzelteile von Erheblichkeit kaum mehr zu erwarten sind, hat der Stadtrat die Einstellung der betreffenden Arbeiten auf Ende dieser Woche verfügt. Zugleich wurde von ihm aber auch die vorläufige Siftierung der gärtnerischen Anlegung des Ludwigplatzes angeordnet, damit zunächst noch eine nähere Prüfung der Frage eintreten kann, ob nicht das hierauf bezügliche Projekt im Hinblick auf das Ergebnis der Ausgrabungen zu modifizieren oder, wie dies insbesondere der engere Senat der Universität mit Zuschrift an den Stadtrat vom 13. d. M. angeregt hat, überhaupt durch ein neues, die dauernde Freilegung einzelner, besonders bemerkenswerter Teile des Bauwerks und ihre Verbindung mit der Neugestaltung des Ludwigplatzes vorsehendes Projekt zu ersetzen sein dürfte, welches i. Zt. der Genehmigung des Bürgerausschusses zu unterstellen wäre. Die geschäftliche Behandlung dieser Frage wurde zunächst der Kommission für die Geschichte der Stadt überwiesen, der überlassen werden soll, noch Ausführungen des Konservators der öffentlichen Baudenkmäler des Landes wie anderer Sachverständiger einzuholen. — Vom Großh. Ministerium der Finanzen ist im Einvernehmen mit jenem des Innern der hiesigen Stadtgemeinde nunmehr die Erlaubnis zum Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn von Heidelberg nach Schwetzingen erteilt worden. Um die Erlaubnis zum Bau und Betrieb einer solchen Bahn von hier nach Kirchheim hat die Stadtgemeinde unlängst nachgesucht. Es handelt sich dabei um die direkte Linie, während sich eine elektrische Straßenbahn der Stadt von Heidelberg nach Kirchheim auf dem Wege über Rohrbach bereits im Betrieb befindet. — Die am Samstag dahier eröffnete Gartenbau-Ausstellung erfreut sich zahlreichen Besuchs. Sie ist aber auch wegen ihres guten Arrangements und ihrer Reichhaltigkeit recht sehenswert. Ein gestern Abend aus Anlaß der Ausstellung auf dem rechten Neckarufer der Stadthalle gegenüber abgebranntes Feuerwerk fand großen Anflug.

**Mannheim, 19. Sept.** Reichstagsabgeordneter Ernst Wassermann feiert am 22. Oktober sein 25jähriges Jubiläum als Stadtrat. In einem Artikel, der im „Generalanzeiger“ erscheint, wirft er selbst einen Rückblick auf das Jahr 1887, das ihm das Mandat zum Stadtrat brachte. Wassermann hat sich in den verfloßenen 25 Jahren um seine Vaterstadt große Verdienste erworben.

**Ziegelhausen b. Heidelberg, 19. Sept.** Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Brückenfrage und genehmigte den Geländekauf auf

dem rechten Metatylus seitens der Gemeinde. Die Gesamtlänge für das zu erwerbende Gelände nebst Entschädigungen beläuft sich auf 59.400 M. Der Bau der Brücke wird der Gemeinde ca. 200.000 M. kosten. Dazu kommen Zuschüsse des Staates und der Stadt Heidelberg.

**Eberbach, 19. Sept.** Bei der Bürgermeisterwahl in Zwingenberg wurde Bürgermeister Menzges wieder gewählt.

**Brühl, A. Schwegingen, 19. Sept.** Das „Schütte-Lanz“-Luftschiff wird zurzeit nach seinen sehr gelungenen Fahrten einer gründlichen Revision unterzogen. Seit dem März hat das Luftschiff 44 Fahrten ausgeführt. Die Gondeln werden jetzt für Wasserlandung mit Schwimmemen versehen und der bereits vorhandene und mit Erfolg ausprobierte Telefonapparat wird eingebaut. Nach der Ausführung aller Arbeiten erhält das Luftschiff eine vollständig neue Gasfüllung und dürfte dann voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Oktober für die Abnahmefahrten bereit sein, die vor der Übernahme durch die Armeeverwaltung noch zu erledigen sind.

**Schwellingen, 19. Sept.** In Edingen sind die Vorbereitungen zur Errichtung eines Denkmals zu Ehren Großerherzogs Friedrich I. und der Teilnehmer am Kriege 1870/71 aufgenommen worden.

**Dummersheim, 19. Sept.** Die hiesige Gemeinde wird ein neues großes Schulhaus mit Kochschule und Wäbereinrichtung erbauen. Der Aufwand hierfür beträgt 125.000 M.

**Rastatt, 19. Sept.** Bei der Bürgermeisterwahl in Viechtheim wurde Gemeinderat Jung gewählt.

**Offenburg, 18. Sept.** Die diesjährige Landesversammlung des Badischen Frauenvereins findet am 15. Oktober d. J., vormittags 9½ Uhr, im Unionsaal, hier mit folgender Tagesordnung statt: 1. Mitteilungen aus dem Vereinsleben; 2. Vorlage der Rechnungen der Zentralfonds für 1911; 3. Vortrag von Frau Oberbürgermeister Lauter-Karlruhe, über die Aufgaben der Frauenvereine hinsichtlich der Wohnungsfrage; 4. Vortrag des Herrn Professors Dr. Salge, Direktor des Gildahospitalbüros in Freiburg, über die Ausbildung von Säuglingspflegerinnen; 5. Wünsche und Anträge aus der Versammlung.

**Hähnlein, A. Lahr, 19. Sept.** Bei der Bürgermeisterwahl wurde Gemeinderat D. Söhnel jung gewählt. Der bisherige Bürgermeister Stürfer hatte sein Amt niedergelegt.

**Freistatt, 19. Sept.** Die zweite Bürgermeisterwahl führte wiederum zu keinem Resultat, da keiner der Kandidaten die notwendige Mehrheit erhielt. Es hat nun ein dritter Wahlgang stattzufinden.

**Tiengen (Amt Waldshut), 18. Sept.** Bei den Gemeinderatswahlen wurden für 3 Jahre gewählt: zwei Zentrumskräfte, ein Nationalliberaler und ein Fortschrittler.

**Brüschach, 19. Sept.** Der Gemeinderat hat die Kanalisation der Stadt vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt. Der Kostenaufwand hierfür ist auf 150.000 M. veranschlagt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses werden die städtischen Beamten und Angestellten vom 1. Oktober d. J. Gehalts-erhöhungen im Gesamtbetrag von jährlich 125 M. erhalten.

**Bad. Rheinfelden, 19. Sept.** Die neue Rheinbrücke wird voraussichtlich in den ersten Tagen des Monats Oktober für den Fußgängerverkehr und anfangs November für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden.

**Weikersburg, 18. Sept.** In der hier unter dem Vorsitz des Vereinspräsidenten, Bürgermeister Schüßlinger-Lindau abgehaltenen 43. Jahresversammlung des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung teilte der Vereinskassier Kaufmann Braunlin-Friedrichshafen bei Erstattung des Rechnungsbilds für 1911 auf 1912 mit, daß infolge der Inflation und Erneuerung des Vereinsmuseums in Friedrichshafen der Verein 6000 M. Schulden habe. Es werde erwartet, daß die Beitragsleistungen der einzelnen Staaten eine Erhöhung erfahren, um die finanzielle Lage des Vereins zu bessern. In der öffentlichen Versammlung, welcher Prinz Max von Baden anwohnte, und zu welcher der Vorstand der Großsch. Sammlung für Altertums- und Völkerkunde, Geh. Rat Dr. Wagner-Karlruhe erschienen war, erstattete der Präsident einen Tätigkeitsbericht, in welchem er die Arbeit des Vereins einer eingehenden Betrachtung unterzog. Prof. Dr. Gummi sprach sodann über Geschichtliches der Stadt Weikersburg. Die nächstjährige Generalversammlung des Vereins findet in Tüßlingen-Hohentwiel statt. 1914 schließt sich der Verein der Tagung des Gesamtvereins deutscher Geschichtsvereine in Lindau an.

**Finanzieller Wochenrückblick.**

—m— Frankfurt a. M., 19. Sept.

Die Wahrnehmung, daß der Geldstand sich vorerst nicht weiter verteuert hat und der zuletzt veröffentlichte Reichsbankausweis eine weitere Besserung des Status konstatiert, hat die Spekulation wieder zusehends gestärkt. Zwar hat man sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß gegen Anhaltsschluß doch mit einer Veräußerung der offiziellen Rate gerechnet werden müsse, indessen wurde man angenehm davon berührt, daß es bisher möglich war, die Kapitalregel weiter hinauszuverschieben. Außerdem bot die hinter uns liegende Periode eine solche Fülle günstiger Anregungen, daß selbst die Ultimogeldrate von 7 Proz. die Verneinung von neuer Beteiligung nicht abhielt und sich im Laufe der letzten Tage eine regelrechte Kaufbewegung auf den verschiedenen Verkehrsgebieten herausbilden konnte. Auschlagegebend für die günstige Wertstellung der Börse dürfte nach wie vor der außerordentlich gute Geschäftsgang unserer Montanindustrie. Nicht nur aus der Eisen- und Stahl-, sondern auch aus der Kohlenindustrie laufen fast täglich Meldungen ein, die die derzeitige Situation dieser überaus wichtigen Industriezweige als eine ungleichmäßig günstige darstellten. Hierzu kommt ferner, daß auch die ame-

rikanische Eisenindustrie sich allem Anschein nach in recht günstiger Entwicklung befindet. Aber auch von anderen Industrieunternehmungen, so z. B. von den Maschinenfabriken, aus der Automobil- und Fahrradbranche, der chemischen Industrie lauten die Nachrichten wieder recht zufriedenstellend. Einen Beleg für das Blühen und Gedeihen des Wirtschaftslbens erblickt man auch in der Tatsache, daß die Preussischen Staatsbahnen im Güterverkehr für den Monat August gegenüber dem Parallelmonat des Vorjahres ein erhebliches Plus aufweisen. Zu diesen günstigen Faktoren gesellte sich derjenige, daß wir, wenn nicht alles täuscht, bald die Nachricht vom Friedensschluß zwischen Italien u. der Türkei zu registrieren haben werden. Ein anderes politisches Moment, daß Frankreich den Hauptbestandteil seiner Flotte nach dem Mittelmeer verlegt hat, wurde wohl lebhaft diskutiert, blieb jedoch ohne tiefergehenden Eindruck auf die Börsenströmung. Den Hauptgegenstand der Spekulation bildeten wieder **Montan- und Schiffahrtaktien**. Von letzteren wurden namentlich Gelsenkirchener in Nachwirkung der Meldung, daß das erste Semester einen Mehrertrag von 5 Millionen Mark ergeben habe, in großen Bösen zu höheren Preisen aus dem Markt genommen, und der Kurs konnte sich trotz der auf dem erhöhten Niveau erfolgten Gewinnrealisationen ziemlich auf seinem höchsten Stand behaupten. Vielfach wurden Gelsenkirchener gegen Phönix eingetauscht, so daß letztere zeitweilig 1 Proz. einbüßten, um sich dann aber wieder auf Reinstandpunkte zu begeben. Auch für Gaspern und Lauria bestand Nachfrage zu anziehenden Preisen. Von Schiffahrtaktien standen die in Berlin gehandelten Danzabankaktien im Vordergrund des Interesses, auf Nachrichten über ein zu erwartendes außerordentlich günstiges Jahresergebnis. In Lloyd wurden umfangreiche Gewinnverkäufe vorgenommen, so daß sich das Kursniveau etwas erniedrigte, während Packfahrt sich behaupten konnten. Für Banken machte sich etwas vermehrte Nachfrage geltend. Von Banken konnten sich Lombard und Zusammenhang mit Friedensgerüchten, auf Reinstand- und Deckungskäufe, welche letztere namentlich für Wiener Neudung stattanden, wesentlich befestigen, wobei Gerüchte in Umlauf kamen, daß gleich nach dem italienisch-türkischen Friedensschluß die Sanierungsangelegenheit zur Durchführung gelangen soll. Auch Canada waren in Berlin höher in Sympathie mit New York, und dem günstigen Wochenanweis der Bahn. Von den Favoriten des **Stahlindustrie** marktes erglitzte Meher eine sprunghafte Steigerung, nachdem sich die Frage einer neuerlichen Kapitalstransaktion bei diesem Unternehmen zur Gewissheit verdichtet hat. Dem Unternehmen nach soll die Erhöhung des Aktienkapitals allerdings erst im Frühjahr durchgeführt werden, wobei eine Verneinung um 4.000.000 M. angenommen wird, so daß auf 2 alte Aktien eine neue entfällt. Da der Geschäftsgang bei dem Unternehmen ein glänzender ist und die Gesellschaft mit dem Dividendenanweis wahrscheinlich nicht über den bisherigen Satz von 30 Proz. hinausgehen wird, soll den Aktionären durch die Entziehung eines wertvollen Bezugsrechtes eine Zuebung gemacht werden. Man glaubt, daß die neuen Aktien zu 150 Proz. herauskommen dürften. Neben Meher wurden auch die im Freiburger gehandelten **Venz & Co.**-Aktien, sowie diejenigen der Rheinischen Automobilfabrik recht lebhaft zu steigenden Preisen umgekehrt. Auch für **Griesner** erhält sich gute Nachfrage, da der Geschäftsgang bei diesem Unternehmen ein recht guter sein soll, auch waren Kapitalserhöhungsgerüchte in Umlauf. **Elektrizitätswerte**, die bisher recht vernachlässigt waren, konnten sich etwas befestigen. Von Renten sind die heimischen weiter vernachlässigt. Von fremden Renten sind Argentinien, Mexikanische Bewässerungskasse befestigt, während Japaner und Österreichische Goldrente schwächer lagen. Der Privatdiskont hielt sich auf ca. 4½ Proz. Heute schloß die Börse auf politische Diskussionen schwächer.

**Kursbericht der Karlsruher Zeitung.**

Handelt verhalten. 20. September 1912.

Deutsche Staatspapiere.	Kurs
4. 100 St. v. 1891 u. 1901 Briefk. ab 09	99.80
4. 100 St. v. 08 u. 09 u. 10	99.80
4. 100 St. v. 1911 u. 12 u. f. 1911	100.20
4. 100 St. v. 1912 u. f. 1912	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50

3½. 100 St. v. 1891 u. 1901 Briefk. ab 09	87.30
3½. 100 St. v. 08 u. 09 u. 10	87.30
3½. 100 St. v. 1911 u. 12 u. f. 1911	87.30
3½. 100 St. v. 1912 u. f. 1912	87.30
3½. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	87.30
3½. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	87.30
3½. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	87.30
3½. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	87.30
3½. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	87.30

Stadtanleihen.	Kurs
4. 100 St. v. 1891 u. 1901 Briefk. ab 09	99.80
4. 100 St. v. 08 u. 09 u. 10	99.80
4. 100 St. v. 1911 u. 12 u. f. 1911	100.20
4. 100 St. v. 1912 u. f. 1912	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50
4. 100 St. v. 1896 abgekl. (H)	99.50

**Rheinische Hypothekbank Mannheim.**

**Eingezahltes Aktienkapital M. 25 500 000.** — **Hypothekenbestand** Ende 1911 M. 587 741 194.78  
**Gesamtreserven** (ausschließlich Pfandbriefumlauf) 11 222 289.93  
**Vortrag** 26 631 265.42 — **Kommunal-Obligationenumlauf** 540 500.700. —  
**Unsere Pfandbriefe** und Kommunalobligationen sind bei der Bank selbst und bei allen Banken und Bankiers erhältlich. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1911, sowie Zirkulare betreffend Kapitalanlage in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder von sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen gratis und franco bezogen werden. Unsere Aktien, Pfandbriefe und Kommunalobligationen nehmen wir kostenlos in Verwahrung.

**Rheinische Treuhänder-Gesellschaft N.-G.**  
 Tel. 7155 Mannheim O 7, 26 Tel. 7155  
 übernimmt C. 142  
 Revisionen, Bilanz-Prüfungen, Sanierungen, Liquidationen, Vermögens-Verwaltungen, Testaments-Vollstreckungen, Vermittlung v. Gründungen u. sonst. Treuhändergeschäfte  
 — Unbedingte Verschwiegenheit zugesichert. —

**J. A. Krebs, Bankgeschäft**  
**Freiburg i. Breisgau**  
 Gewissenhafte Besorgung von Vermögensanlagen aller Art, Wertpapier- u. Hypotheken-Verkehr, Finanzierungen.

**Basler Handelsbank in Basel und Zürich**  
 Vollaingezahltes Akt.-Kap. Fr. 20.000.000 — Reserven Fr. 10.500.000  
**Vorteilhafte Anlage von Kapitalien**  
 Praktische Wertpapierdepots  
 C. 333 (Erläuterungen auf Wunsch)  
 Reichsbankgirokonto: Lörrach, Postcheckkonto: 112 Karlsruhe.  
 Briefadresse: Basler Handelsbank, St. Ludwig, Elsaß, Postfach.

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
**a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
 E. 373. Obertr. In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen der Fabrikarbeiter Karl i. Friedrich Wöhrlinger Hofmann, Veria geb. Händler, Handelsfrau in Lörrach, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis Termin auf Mittwoch den 16. Okt. 1912, vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht Zimmer Nr. 16 bestimmt.  
 Obertr. 17. Sept. 1912. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.  
 Lörrach, 16. Sept. 1912. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts Abt. III.

**Dresdner Bank**  
 Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M.  
**Niederlassungen im Großherzogtum Baden:**  
**Mannheim • Heidelberg**  
**Freiburg i. B.**  
 Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

E. 374. Schönau i. W. Das Konkurs-Verfahren über das Vermögen des Naturreichers Josef Kunz in Schönau i. W. wurde, nachdem der im Vergleichstermin vom 20. Juni 1912 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom 22. Juni 1912 bestätigt ist, durch Gerichtsbeschluß vom heutigen aufgehoben.  
 Schönau i. W., den 19. September 1912. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.  
 E. 384. Schwellingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Georg Schopf in Hofenheim wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis bestimmt auf Mittwoch den 9. Okt. 1912, vormittags 8½ Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht in Schwellingen, Zimmer 7, Schwellingen, 10. Sept. 1912. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.